

„Miteinander in Mitteleuropa: Politik, Wirtschaft und Forschung“

Rede des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der TU Budapest an Prof. Dr. Reimund Neugebauer am 25. Mai 2018 in Budapest

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Professor Monostori,
sehr geehrter Herr Professor Lovász,
lieber Reimund Neugebauer,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, hier zu Ihnen zu sprechen. Der Anlass ist ein sehr würdiger. Mit Professor Reimund Neugebauer erhält morgen ein herausragender deutscher Wissenschaftler und Wissenschaftsmanager das Ehrendoktorat der renommierten Budapest University of Technology and Economics.

Der Anlass unserer Zusammenkunft ist aber auch darüber hinaus ein sehr nutzbringender, denn heute wird die langjährige Verbundkooperation zwischen der Fraunhofer Gesellschaft und dem Hungarian Academy of Sciences Institute for Computer Science and Control [Magyar Tudományos Akadémia Számítástechnikai és Automatizálási Kutatóintézet – MTA SZTAKI] auf eine neue Stufe

gehoben. Beides beeindruckt mich zutiefst, und ich möchte hier schon vorab meine herzlichen Glückwünsche aussprechen.

Ich freue mich zudem, wieder einmal in Budapest sein zu dürfen. In dieser mitteleuropäischen Metropole mit ihrer großen Vergangenheit und ihrer, da bin ich mir sicher, sehr guten Zukunft. Zuletzt besuchte ich 2016 die ungarische Hauptstadt. Damals tagte das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag in der Ungarischen Nationalversammlung mit seiner Jahreskonferenz, die ich gemeinsam mit meinem Kollegen, dem Parlamentspräsidenten László Kövér, eröffnete. Unser Tagungsthema lautete „Miteinander in Mitteleuropa“. Ein Thema, das bei aller Kontroverse, nicht an Aktualität verloren hat.

Wir erleben nämlich dieses Miteinander nicht nur in Form von Forschungs- oder Wissenschaftskooperationen, wie wir sie heute hier weiter ausbauen. Dieses Miteinander ist meiner Meinung nach auch im Allgemeinen ein entscheidender Faktor in Mitteleuropa.

Im Jahr 2011 habe ich deshalb das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag ins Leben gerufen, das sich als eine Brücke versteht. Es versucht mit seinen internationalen Konferenzen und Gesprächsrunden, aus dem Herzen Europas heraus Impulse für ein stärkeres Miteinander in der Europäischen Union zu geben – Impulse für eine freiheitliche Bürgergesellschaft, Impulse für lebendige mitteleuropäische Identitäten und die gemeinsame Kultur, die unsere Nationen verbindet, sowie Impulse für ein Mitteleuropa der politischen und ökonomischen Partnerschaft.

Diese Anliegen, meine Damen und Herren, sind hochaktuell, denn Europa steht nicht nur vor neuen Herausforderungen, es steht auch vor einer Neuausrichtung. Wir erleben den Austritt Großbritanniens aus der EU, den nicht nur ich für einen großen Fehler halte, obwohl er dem Mehrheitswillen der Briten entspricht.

Die Europäische Union verliert mit Großbritannien die zweitstärkste Wirtschaftsmacht. Deutschland und seine östlichen Nachbarn verlieren einen wichtigen Verbündeten beim Ringen um die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung und Wirtschaft, einen Verbündeten gegen die Politik der exzessiven Staatsverschuldung Frankreichs, Italiens und seiner Nachbarn im Süden.

Mitteuropa drohen wegen des Brexit aber auch finanzielle Einschnitte. Hier gilt es, den Schaden zu begrenzen. Der Freistaat Sachsen wird die Struktur- und Kohäsionsfonds zusammen mit den anderen mitteleuropäischen Transformationsländern hart verteidigen. Die erste Mitteilung der Europäischen Kommission über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 stimmt mich verhalten optimistisch, dass das gelingen kann. Genaues werden wir am 29. Mai sehen, wenn die konkreten Vorschläge der Kommission im Bereich der Kohäsionspolitik auf den Tisch kommen.

Parallel ist die EU so zu reformieren, dass sich derlei Desintegration nicht wiederholt. Die EU muss für ihre Mitgliedstaaten attraktiv sein. Sie muss für jedes einzelne Mitglied immer die beste Wahl sein. Eben weil der EU momentan erhebliche innere Differenzen zu

schaffen machen, kann es nur darum gehen, nicht das Trennende, sondern das Verbindende zu betonen – besonders in Mitteleuropa. Wir sollten neue Brücken bauen und die alten nicht abbrechen.

Das zeigt sich in dem engen Verhältnis, dass der Freistaat Sachsen zu seinen Nachbarn pflegt, zu Polen, zu Tschechien, zu Österreich, zu Ungarn und zur Slowakischen Republik. Dialog und Kooperation auf Augenhöhe haben hier für uns oberste Priorität. Sie sind die Grundlage für Vertrauen. Vertrauen wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass man sich gemeinsam weiterentwickelt. Sachsen spricht sich deshalb auch für eine Kohäsionspolitik für alle Regionen aus. Wir dürfen das Erreichte nicht gefährden, indem wir in Teilen Mitteleuropas eine rückläufige Finanzausstattung in Kauf nehmen und so neue Hürden aufbauen.

Die Konferenz des Forum Mitteleuropa 2017 in Bratislava hat mir erneut gezeigt: Mitteleuropa ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben 1989 in einer mitteleuropäischen Freiheitsrevolution den „Eisernen Vorhang“ überwunden und die Voraussetzungen für die europäische Einigung geschaffen. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Sachsen und die anderen ostdeutschen Länder, sie sind von der Peripherie zurück in die Mitte des alten Kontinents gerückt. Sie haben mit großer solidarischer Hilfe Europas einen immensen Transformationsprozess bewältigt und sind in der EU selbstbewusst neben die bisher dominierenden West- und Südeuropäer getreten. Nun wollen die mitteleuropäischen Länder ihre Erfolgsgeschichte fortschreiben.

Der ehemalige slowakische Finanzminister Ivan Miklos hat auf der Bratislavaer Konferenz drei Grundlagen für den Fortgang des Erfolgs aufgezählt, die wohlgemerkt allesamt jenseits der Kohäsionspolitik und damit in unseren eigenen Händen liegen: (1) Freiheit, (2) Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, (3) soziale Marktwirtschaft. Wertschätzen wir in Mitteleuropa die Freiheit, die politische, die wirtschaftliche, die wissenschaftliche. Wertschätzen wir die pluralistische Demokratie und den demokratischen Rechtsstaat mit verlässlichen Institutionen. Wertschätzen wir die soziale Marktwirtschaft.

Sie waren und sind die entscheidenden Voraussetzungen für Wohlstand und Prosperität in unseren Gesellschaften. Sie sind die Basis für ein vitales Innovations- und Investitionsumfeld, die Grundbedingung dafür, dass sich eine moderne Gesellschaft produktiv entfalten kann.

Bedroht werden Freiheit und Wohlstand durch Einschränkungen des politischen Wettbewerbs und durch dirigistischen Staatskapitalismus, nicht nur innerhalb Europas, auch von außen, wenn ich an die chinesische „Einkaufsoffensive“ denke. Bisher endeten solche „Versuchungen“ immer in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stagnation.

Wir, meine Damen und Herren, dürfen derlei Versuchungen nicht erliegen. Genauso wie wir aufpassen müssen, dass wir unsere Länder nicht durch schlecht gemachte Modernisierungspolitik überfordern. In Deutschland erleben wir mit der Energiewende eine

„Wirtschaftspolitik der Experimente“, wie der Nationalökonom Walter Eucken derlei Tun einst bezeichnet hat. Meine Damen und Herren, es liegt mir fern, die deutsche Energiewende generell in Frage zu stellen. Ökologische Nachhaltigkeit ist grundlegend für eine moderne Wirtschaft. Sie kann aber niemals Selbstzweck sein. Und schon gar nicht darf sie die Wettbewerbsfähigkeit einer Industrienation aufs Spiel setzen.

Nicht weniger riskant ist es, wenn wir uns auf dem Erreichten, auf dem Wirtschaftswachstum ausruhen. Ja, die momentane wirtschaftliche Lage ist in unseren Ländern gut. Wir erleben einen anhaltenden Aufschwung, besonders der industrielle Sektor gedeiht. In einigen Teilen Mitteleuropas herrscht Vollbeschäftigung. Aber wir leben überall von der demografischen und auch der kulturellen Substanz der Gesellschaft. Die wird gerade eher verbraucht, da wird viel zu wenig akkumuliert. Wir haben zu wenige Kinder, wir haben zu wenige Bildungsressourcen, wir haben zu wenig soziale Mobilität.

Mitteleuropa benötigt daher eine permanente, jedoch wohl dosierte innere Reformdynamik, selbst wenn das viele Menschen in unseren Ländern nicht mehr hören können. Die Realität ist unbarmherzig: Verzichten wir auf Reformen, droht uns wieder das Abgehängtsein.

Meine Damen und Herren, die mitteleuropäischen Länder sind hochgradig vernetzte Industrie- und Autoländer. Deutschland, auch Sachsen lebt vom produzierenden Gewerbe und speziell vom Automobil- und Maschinenbau. Die deutsche Industrie ist der größte Investor in Ostmitteleuropa. Der Außenhandel Deutschlands mit den

Visegrád-Staaten betrug 2017 rund 278 Milliarden Euro. Das sind 50 Prozent mehr als mit China oder mit Frankreich oder mit den Vereinigten Staaten. Und genau wegen unserer starken Vernetzung in Mitteleuropa und wegen unseres hohen Industrieanteils von über 30 Prozent (Frankreich liegt unter 20 Prozent), auf den wir stolz sind, brauchen wir neben einer größeren sektoralen Diversifizierung vor allem die Kernkompetenz bei industriellen Zukunftsthemen.

Insbesondere müssen wir unsere Industrien innovativ und in einer Welt durchgreifender Digitalisierung auf modernstem Standard halten – Stichwort: Industrie 4.0. Professor Neugebauer wird das Thema später kenntnisreich ausführen. Ich möchte nur so viel sagen: Die mitteleuropäischen Länder haben ein enormes Potenzial, um beim Thema Industrie 4.0 entscheidende Impulse auszusenden. Sie können ihre wirtschaftliche Entwicklung mit digitalisierten Wertschöpfungsketten voranbringen. Sie können in diesem, für ihre Volkswirtschaften sensiblen Bereich ganz vorn mitspielen. Ich bin daher sehr angetan von dem 2017 gestarteten Verbundprojekt EPIC [Centre of Excellence in Production Informatics and Control], das ein Exzellenzzentrum für Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich Cyber-Physical Production Systems schaffen wird.

Aber moderne industrielle Wertschöpfung braucht nicht nur Forschung und Ausbildung auf höchstem Niveau, sie benötigt auch beste infrastrukturelle Rahmenbedingungen. Und da muss man ehrlich eingestehen, dass wir in Mitteleuropa noch immer Defizite haben. Verheerend wäre es, wenn nun in Ostdeutschland wie in den Visegrád-Staaten die Mittel aus den Kohäsions- und Strukturfonds

schrumpften. Denn unsere eigene Investitionskraft reicht eben nach wie vor nicht aus, die Infrastrukturdefizite zu beseitigen. Da besteht für uns alle die große Gefahr, den Anschluss zu verlieren.

Die europäische Kohäsionspolitik benötigt daher eine vernünftige finanzielle Ausstattung, mit der in Mitteleuropa Zukunftsinvestitionen realisiert werden können. Von Kürzungen halte ich da gar nichts, und ich glaube, das wird in den Ländern Mitteleuropas sehr ähnlich bewertet. Schließlich ist die Kohäsion, wie es der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, ausgedrückt hat, „die einzige EU-Politik, die EU-Regionen [...] einen echten europäischen Mehrwert verschafft“.

Daneben ist es unabdingbar, die europäische Forschungsförderung auszubauen. Die Ankündigungen der Kommission, die Investitionen in Forschung und Innovation deutlich zu erhöhen, senden ein richtiges Signal. Anfang Juni 2018 erfahren wir mehr, wenn die Kommission die von ihr geplanten Ausgabenprogramme in diesem Bereich vorstellt.

Klar ist: Wir müssen in Mitteleuropa das Forschungs- und Entwicklungspotenzial unserer Unternehmen steigern. Nur auf diese Weise entsteht mehr eigene Wirtschaftskraft, nur so ist die weitere ökonomische Emanzipation, ist qualitatives Wachstum möglich.

Die Devise für all das muss lauten: Stark sein, stark bleiben sowie im mitteleuropäischen Fall, stärker werden – und zwar gemeinsam. Eine solche Forschungskoooperation, wie sie zwischen der

Fraunhofer-Gesellschaft und dem MTA SZTAKI besteht und wie sie heute ihren nächsten Schritt macht, trägt entscheidend dazu bei.

Mitteuropa muss auch ein dynamischer Kern bei den künftigen Reformen der EU bleiben. Das hat mir erst jüngst der tschechische Senatspräsident Milan Štěch, den ich sehr schätze, bestätigt. Wenn ich mich in ihn hineinversetze, auch in die anderen Visegrád-Staaten, da unterstütze ich ihn in seiner zentralen Forderung: Europa muss sich gemeinsam fortentwickeln. Ein Tandem zweier Vormächte, das vorangeht und den Weg vorgibt, das kann kein Modell für die Zukunft Europas sein. Wenn das dann noch begleitet wird von einer die mitteleuropäischen Länder benachteiligenden Veränderung des EU-Haushalts, dann wird es scheitern. Europa muss in der aktuellen Reformdiskussion alle mitnehmen.

Die europäischen Reformprozesse haben die nationalen Interessen und Identitäten zu respektieren. Genauso wie den Slowaken, Polen, Tschechen, Ungarn, Österreichern und Deutschen klar sein muss, dass die EU der einzig gangbare Weg ist, wenn wir die anstehenden globalen und europäischen Herausforderungen in den Griff bekommen wollen. Auf sich allein gestellt sind die Staaten zu schwach, zumal die mitteleuropäischen.

Meine Damen und Herren, über Jahre hinweg war ich fest davon überzeugt, die mitteleuropäischen Länder seien der neue Motor Europas, seien ein innovativer Kern, der selbstbewusst neben die bisher in Europa tonangebenden West- und Südeuropäer tritt. Ich glaube das noch immer, aber die Risiken mehren sich.

Mitteleuropa muss ein Motor und vitaler Kern der wirtschaftlichen Dynamik in der EU bleiben. Diese Rolle dürfen wir nicht verlieren oder gar verspielen, indem wir nationale Interessen über alles stellen und den solidarischen Kerngedanken der EU vergessen.

Stattdessen sollten wir uns als mitteleuropäische Partner unserer gemeinsamen Kraft bewusst sein, um sie selbstbewusst für Europa in die Waagschale zu werfen. Unser gemeinsames Ziel kann nur sein, dass die Europäische Union wieder an Attraktivität und Integrationskraft gewinnt – nicht trotz, sondern wegen Mitteleuropa.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend bitte noch einige Worte über Professor Neugebauer, unseren Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft – über einen Mann der Wissenschaft, einen Mann der Tat, einen Mitteleuropäer. Wir beide haben mit der Technischen Universität Dresden dieselbe Alma Mater. Beide haben wir dort Maschinenbau studiert, beide haben wir in Dresden als wissenschaftliche Assistenten angefangen.

Mit dem Umbruch 1989/90 bin ich in die Politik gegangen und Reimund Neugebauer hat sich vollends der Wissenschaft zugewandt. Und genau an der Schnittstelle, der Wissenschaftspolitik, da kreuzten sich dann eines Tages unsere Wege. Und zwar, wie ich meine, lieber Reimund, ziemlich erfolgreich. Du hast in Chemnitz über 20 Jahre das Fraunhofer-Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik IWU geleitet, ich war in Dresden Kultus- und Wissenschaftsminister.

Wir haben damals in Sachsen das EFRE-Programm umfassend für anwendungsorientierte Forschung geöffnet. Heute entfällt in Sachsen innerhalb des EFRE-Programms 2014–2020 auf Forschung, technologische Entwicklung und Innovation ein Anteil von rund 828 Millionen Euro (das entspricht 39,7 Prozent der in Sachsen zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel).

Reimund, wir beide wissen, wie wichtig wettbewerbsfähige Forschung für wissensgetriebenes Wirtschaftswachstum ist, zumal in Mitteleuropa. Deshalb möchte ich nochmals betonen, dass es mir eine Freude und Ehre ist, heute hier zu sein, hier bei unseren ungarischen Kollegen und Freunden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.